

Innenministertreffen EU - Russische Föderation – USA, 4. Mai 2006

Seit Jahren treffen die Innen- und Justizminister der Europäischen Union einerseits mit ihren Amtskollegen aus der Russischen Föderation und andererseits mit den Ministern aus den Vereinigten Staaten zusammen. Am 04. Mai 2006 findet nun erstmals ein gemeinsames Treffen auf Innenministerebene statt. Dabei stehen unter anderem folgende Themen auf der Agenda:

- * Künftige Zusammenarbeit EU-Russland -USA im Bereich Justiz und Inneres
- * Kampf gegen Terrorismus
- * Kampf gegen Organisierte Kriminalität
- * Kampf gegen illegale Immigration

Von Seiten der Europäischen Union werden an dem Treffen die österreichische Ratsvorsitzende Liese Prokop, der Vizepräsident der EU-Kommission Franco Frattini und die Innenminister der vier nachfolgenden Präsidentschaften teilnehmen (Finnland, Deutschland, Slowenien, und Portugal).

Informationen:

- * Medienprogramm und organisatorische Informationen
- * Press communique (EN)
- * O-Ton von Bundesministerin Liese Prokop

http://eu2006.at/de/The_Council_Presidency/multipresidency/index.html

Internationale Konferenz zur Inneren Sicherheit, 4.-5. Mai 2006

Auf Initiative der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft findet vom 4. bis 5. Mai 2006 eine Ministerkonferenz zum Thema „Die innere Sicherheit als Element in den Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn“ in Wien statt. Im Rahmen der Konferenz wird auch die Polizeikooperations-Konvention für Südosteuropa durch die Innenminister der Konventionspartner (Albanien, Bosnien und Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Rumänien, Serbien und Montenegro, Deutschland, Österreich) unterzeichnet.

Die Innere Sicherheit der EU-Mitgliedstaaten ist zunehmend durch internationale Gefahren bedroht. Internationaler Terrorismus, die mögliche Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, international organisierte Kriminalität, Korruption, das globale Phänomen der Migration, aber auch Krisen und Katastrophen sind Bedrohungen, die ein verstärktes internationales Handeln der Innenminister erforderlich machen.

Die Sicherheit im Umfeld der Europäischen Union kann nur gemeinsam mit den betroffenen Staaten gewährleistet werden. Daher haben die EU-Innen- und Justizminister im Dezember 2005 eine „Strategie für die externe Dimension der JI-Politik: Freiheit, Sicherheit und Recht im globalen Maßstab“ beschlossen. Diese sieht die Herausbildung einer „Partnerschaft mit Drittländern“ im Bereich Justiz und Inneres vor. Mit der internationalen Konferenz zur Inneren Sicherheit in Wien soll ein Beitrag zur Umsetzung der JI-Außenstrategie unter partnerschaftlicher Einbeziehung von Drittstaaten geleistet werden.

Lesen Sie mehr zur Umsetzung der Außenstrategie

Hier erhalten Sie mehr Informationen zu den Konferenzthemen:

1. Innere Sicherheit als Element in den Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn
2. Polizeikooperations-Konvention für Südosteuropa
3. Partnerschaft für die Sicherheit

Hintergrundinformation:

- * Wichtige Dokumente
- * Europäische Nachbarschaftspolitik

Informationen für Medienvertreter:

- * Programm und organisatorische Informationen

http://eu2006.at/de/The_Council_Presidency/security/index.html

Außenstrategie

Bei der Umsetzung der JI Außenstrategie verfolgt die Österreichische EU- Ratspräsidentschaft folgende Ziele:

- * Umfassender Ansatz

Die Verbindung von Innerer und Äußerer Sicherheit ist zentraler Bestandteil für eine erfolgreiche Gefahrenbewältigung.

- * Konzentration auf das nähere Umfeld

Die Österreichische EU-Ratspräsidentschaft konzentriert sich auf die Zusammenarbeit mit den Westbalkanstaaten und den Staaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

- * Partnerschaft für die Sicherheit

Die Österreichische EU-Ratspräsidentschaft möchte die Grundlagen für die in der JI-Außenstrategie geforderte „Partnerschaft mit Drittländern“ legen.

http://eu2006.at/de/The_Council_Presidency/security/aussenstrategie.html

Innere Sicherheit als Element in den Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn

Bei der Umsetzung der JI-Außenstrategie legt der Vorsitz einen besonderen Schwerpunkt auf die Westbalkan-Länder sowie Länder der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Diese bilden das nähere Umfeld der EU und sind daher für die Sicherheit in der Union von besonderer Bedeutung. Darüber hinaus wurden die Innenminister der USA und der Russischen Föderation eingeladen, die beide in der JI-Außenstrategie besondere Erwähnung finden.

Die Innenminister der teilnehmenden Staaten (EU, Beitrittskandidaten, EWR-Partner, Westbalkan-Länder, Länder der Europäischen Nachbarschaft, USA und Russland) werden an zwei Tagen eine offene Aussprache zu drei Themenbereichen führen:

- * Asyl und Migration

- * Organisierte Kriminalität und Korruption
- * Terrorismusbekämpfung

Ebenso werden die zuständigen Kommissare Franco Frattini (Justiz, Freiheit und Sicherheit) und Benita Ferrero-Waldner (Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik) an der Veranstaltung teilnehmen.

Die im Rahmen der Konferenz erzielten Ergebnisse sollen Eingang in die laufenden Arbeiten auf EU-Ebene finden und eine Grundlage für die Herausbildung von „Partnerschaften für Sicherheit“ zwischen der EU und interessierten Drittstaaten bilden.

http://eu2006.at/de/The_Council_Presidency/security/inneresicherheit/index.html

Polizeikooperations-Konvention für Südosteuropa

Mit dem Projekt „Police Cooperation Convention for South East Europe“ (SEE PCC) möchte die österreichische EU-Ratspräsidentschaft einen aktiven Beitrag zur Förderung der Polizeikooperation in Südosteuropa leisten. Ziel ist die Übernahme der Schengen-Standards in Süd-Osteuropa durch den Abschluss einer multilateralen Konvention zur Verbesserung der operativen polizeilichen Zusammenarbeit in der Region. Damit sollen die Westbalkanstaaten schrittweise an die Standards der Polizeikooperation im Rahmen der Europäischen Union herangeführt werden.

Teilnehmerstaaten sind: Albanien, Bosnien und Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Rumänien, Serbien und Montenegro.

Österreich und Deutschland fungieren in Kooperation mit Europol und dem Stabilitätspakt für Südosteuropa sowie mit aktiver Unterstützung durch Experten aus Kroatien als „Geburtshelfer“ bei der Entwicklung des gemeinsamen Polizeikooperationsabkommens.

Lesen Sie mehr

http://eu2006.at/de/The_Council_Presidency/security/kooperation/index.html

Polizeikooperations-Konvention für Südosteuropa

Ausgangspunkt dieses Projekts war ein Treffen hochrangiger Vertreter der Staaten Südosteuropas am 22. und 23. Juni 2005 in Wien, wo im Zuge eines Eröffnungs-Workshop die Themenschwerpunkte der geplanten Konvention festgelegt wurden.

In Anlehnung an das Schengener Durchführungsübereinkommen sowie an bestehende bilaterale Kooperationsabkommen konnten dabei vor allem die folgenden Kooperationsbereiche identifiziert werden:

- * Verbesserung des gegenseitigen Informationsaustausches, etwa im Bereich der Bekämpfung illegaler Migration;
- * Einführung und Stärkung grenzüberschreitender Kooperationsformen, wie grenzüberschreitender Observation bzw. Nacheile, kontrollierter Lieferung und verdeckter Ermittlung;
- * weitere Maßnahmen, wie die Einrichtung von Joint Investigation Teams sowie der Austausch von DNA- Daten und anderer Identifikationsmerkmalen.

Zielgruppe der Polizeikonvention und damit auch künftige Konventionsteilnehmer sind die folgenden Staaten Südosteuropas: Albanien, Bosnien und Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Rumänien sowie Serbien und Montenegro.

http://eu2006.at/de/The_Council_Presidency/security/kooperation/informationen.html

Partnerschaft für die Sicherheit

Um den Erwartungen ihrer Bürger gerecht zu werden, muss die Europäische Union eine Antwort auf die Bedrohung der Sicherheit durch Terrorismus, organisierte Kriminalität, Korruption und Drogen und auf die Herausforderung einer Lenkung der Migrationsströme finden. Wenn die EU dabei Erfolg haben soll, muss sie mit Drittländern zusammenarbeiten. In einer zunehmend enger verflochtenen Welt wird dies immer wichtiger. Die Entwicklung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts kann nur erfolgreich sein, wenn sie durch eine Partnerschaft mit Drittländern in diesen Belangen gestützt wird, die auch die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und die Förderung der Achtung der Menschenrechte und internationalen Verpflichtungen mit einschließt.

http://eu2006.at/de/The_Council_Presidency/security/partnerschaft/index.html

Wichtige Dokumente

- * Eine Strategie für die externe Dimension der JI-Politik: Freiheit, Sicherheit und Recht im globalen Maßstab, Dezember 2005 - download als pdf
- * "Vienna Declaration on Security Partnership"
- * Police Cooperation Convention for Southeast Europe - pdf als download (EN)

http://eu2006.at/de/The_Council_Presidency/security/dokumente/index.html

Europäische Nachbarschaftspolitik

Der Europäische Rat von Kopenhagen von Dezember 2002 nahm den Schwung des erfolgreichen Abschlusses der Beitrittsverhandlungen auf und fügte eine Erklärung („Die erweiterte Union und ihre Nachbarn“) in seine Schlussfolgerungen ein. Die Staats- und Regierungschefs sahen darin die historische Chance , im Lichte der beschlossenen Erweiterung ihren Beziehungen zu den übrigen Nachbarländern neuen Schwung zu verleihen.

Teilnehmende Staaten

Ägypten	Libanon
Algerien	Libyen
Armenien	Marokko
Aserbaidshan	Moldau
Belarus	Palästinensische Autonomiebehörde
Georgien	Syrien - Arabische Republik
Israel	Tunesien
Jordanien	Ukraine

Hier finden Sie weitere Informationen zu:

- * Entstehung und Geschichte
- * Strategie und Instrumente

http://eu2006.at/de/The_Council_Presidency/security/nachbarschaftspolitik/index.html

Entstehung und Geschichte

Grundsatz dieser Initiative war es, neue Trennlinien in Europa, die sich durch die Verschiebung der EU Außengrenzen im Zuge der beschlossenen Erweiterungsrunde ergaben, zu vermeiden sowie Stabilität und Wohlstand innerhalb und außerhalb Europas zu fördern. Ziel ist es, einen „Ring von Freunden“ rund um die Europäische Union voranzubringen, der von Marokko bis zum Schwarzen Meer reicht und als

Alternative zu einem EU Vollbeitritt für die betreffenden Staaten nach dem Motto „mehr als Partnerschaft, weniger als Mitgliedschaft“ angeboten werden soll.

Gleichzeitig wurde in der Erklärung bekräftigt, dass die Länder Südosteuropas auch weiterhin eine klare europäische Perspektive haben und dass die Beziehungen mit dieser Region im Rahmen des Stabilisations- und Assoziationsprozesses (SAP) weitergeführt werden, unabhängig und separat von den weiteren Entwicklungen in der übrigen Nachbarschaft. Die Europäische Kommission wurde außerdem aufgerufen, gemeinsam mit Javier Solana, dem Hohen Repräsentanten der Europäischen Union für die GASP, zu dieser neu vorgeschlagenen Initiative Konzepte zu erarbeiten und Handlungsvorschläge zu präsentieren.

Als Anreize zur Teilnahme an der Nachbarschaftspolitik werden freier Handel für gewisse Sektoren, Investitionsfreiheit, Angleichung der Gesetzgebung oder Zusammenschaltung der Energienetze genannt.

In weiterer Folge erarbeitete die Europäische Kommission seither konkrete Arbeits- und Strategiepapiere zu genauer Umsetzung der ENP. In diesen Berichten werden außerdem weitere Schritte und die notwendigen Programme und Anreize formuliert, die die betreffenden Länder zur Teilnahme ermutigen sollen.

http://eu2006.at/de/The_Council_Presidency/security/nachbarschaftspolitik/geschichte.html

Strategie und Instrumente

Im Gegenzug zu konkreten Fortschritten, mit denen die Verwirklichung der gemeinsamen Werte und die effektive Umsetzung von Reformen nachgewiesen werden, soll allen Nachbarstaaten die Aussicht auf partielle Teilnahme am Binnenmarkt der Europäischen Union geboten werden. Parallel dazu wird die weitere Integration und Liberalisierung zur Förderung der Freizügigkeit und des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs angestrebt. Dieser Prozess soll schrittweise, entsprechend den positiven Maßnahmen auf Seiten der Nachbarstaaten vorangetrieben werden (graduelles Voranschreiten).

Eckpunkte und Grundsätze der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) umfassen die gegenseitige Verpflichtung bei Achtung und Förderung der europäischen Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Schutz von Menschen- und Minderheitenrechte, gute Nachbarschaftsbeziehungen, Nachhaltige Entwicklung sowie marktwirtschaftliches Wirtschaften.

Bei den vorgeschlagenen positiven Maßnahmen seitens der Europäischen Union handelt es sich um

- * Ausdehnung des Binnenmarktes
- * asymmetrischer Präferenzhandel
- * Perspektiven für legale Migration und Freizügigkeit
- * stärkere politische Beteiligung an EU Konfliktprävention
- * Unterstützung im Krisenmanagement und
- * größere Anstrengungen zur Förderung der Menschenrechte

Mit den ENP Partnerländern werden zunächst Prioritäten festgelegt, die dann in konkrete Aktionspläne gefasst werden. Die Umsetzung der festgeschriebenen Ziele wird von der Union laufend überwacht. Diese Aktionspläne sind für 3-5 Jahre konzipiert und werden von der Europäischen Kommission verhandelt, vom Rat genehmigt und danach vom jeweiligen Assoziationsrat beschlossen. Spezielle Länderberichte informieren ebenfalls über den aktuellen Stand der Reformen und die Verwirklichung aller Vorhaben.

Die ersten Aktionspläne für sieben der sechzehn ENP Länder wurden im Dezember 2004 präsentiert. Es sind dies: Israel, Jordanien, Marokko, Moldau, die Palästinensische Autonomiebehörde, Tunesien und die Ukraine. Zusätzlich werden noch der Ausbau neuer Instrumente zur Investitionsförderung sowie Investitionsschutz und die Integration in die Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationssysteme angeregt. Als vertragliches Regelwerk sollen „Nachbarschaftsabkommen“ entworfen werden, die

gegebenenfalls ab 2007 mit Beginn des neuen Finanzrahmens die bereits bestehende Assoziations- oder Partnerschaftsabkommen ersetzen und ergänzen. Die vorgegebenen Prioritäten seitens der Union umfassen folgende Bereiche:

- * Politischer Dialog und allgemeine Reformen
- * Handelsbeziehungen
- * allmähliche Teilnahme am EU-Binnenmarkt
- * Justiz und Inneres
- * Energie und Verkehr
- * Umweltfragen
- * Forschung und Entwicklung

http://eu2006.at/de/The_Council_Presidency/security/nachbarschaftspolitik/strategie.html

Programme, Pressetermine/ Organisatorisches

Internationale Konferenz zur Inneren Sicherheit, 4.-5. Mai 2006, Wien

Programm und Pressetermine - download als pdf

Organisatorische Informationen - download als pdf

Pläne:

Umgebungsplan Konferenzzentrum Hofburg Redoutensäle und Pressezentrum - download als pdf

Plan des Pressezentums - download als pdf

Veranstaltungsort:

Lesen Sie mehr zum Veranstaltungsort Wien

http://eu2006.at/de/Media_Service/programme/security/index.html

Presseaussendungen

Presseaussendung, 05.05.2006

Vienna Declaration on Security Partnership

A Ministerial Conference on the "Role of Internal Security in Relations between the EU and its Neighbours" was held on 4-5 May 2006 in Vienna, Austria.

At the initiative of Austria as the current Presidency of the EU Council, Member States of the European Union and its neighbouring countries met to discuss issues of common interest in relation to internal security.

The Neighbouring Arab Countries participated in the Conference. They emphasized that security is an issue of common interest. They expressed the importance of partnership for security with the EU in accordance with their respective objectives and priorities. They also underlined the need for further consultations on the modalities for such partnership.

The Russian Federation and the United States of America, as strategic partners of the European Union, participated in the Conference as observers. The Conference expressed the common wish to develop a "Partnership for Security" in order to work towards an enhanced area of Freedom, Security and Justice.

Part I

General principles / Key elements

In order to meet the expectations of our citizens we must respond to the security threats of terrorism, organised crime, corruption and drugs and to the challenge of managing migration flows. In an increasingly interconnected world, cooperation in the field of justice and home affairs will become ever more important.

The Austrian EU Presidency therefore took the opportunity to bring together the EU, its Member States and neighbouring countries, as well as the Russian Federation and the United States of America as observers. This dialogue is a step in implementing the Strategy for the External Dimension of freedom, security and justice recently adopted by the European Union, together with the action-oriented papers on the Western Balkans and relevant ENP countries as well as on Afghanistan.

This process culminated in the present Vienna Ministerial Conference on 4-5 May 2006, with Ministers and representatives from more than 50 countries and international organisations, as the expression of the increasing role of internal security in external relations.

The development of an area of enhanced freedom, security and justice can only be successfully achieved through relationships based on mutual partnership between the European Union and its partners. To address the common security challenges in the 21st century, the participants in the Conference expressed their common wish to develop a "Partnership for Security", based on mutual trust and common interest. Such a partnership between interested countries will be future and action oriented, and based on the following key principles:

- * Definition of concrete areas of common interest in the fields of combating terrorism, organised crime, corruption as well as in the field of management of migration flows.

- * Coordinated engagement, mutual understanding and cooperation in order to tackle common problems and meet shared policy objectives in the field of justice and home affairs.

- * Efforts to make justice and home affairs a shared priority in external relations, including through a coordinated engagement in the work of relevant international organisations (United Nations, Council of Europe, OSCE).

- * Work towards action oriented solutions, especially on terrorism, organised crime, corruption and illegal immigration.

- * Applying a differentiated and flexible approach, including a multi-disciplinary assessment of needs.
- * Promoting rule of law, democracy, fundamental rights and good governance seen also as a means of bolstering security.
- * Mobilisation of political, financial and operational resources to work towards common objectives.

Internal and external security are closely related. Therefore priorities for future engagement should be formed by both, the partners' internal and external policy objectives.

The Conference especially emphasizes that the

- * European Neighbourhood Policy offers a coherent framework for cooperation on security-related matters with the EU.
- * prospect of closer cooperation with the EU is an effective way to align with common international standards in justice and home affairs.

In an increasingly global economy, effective co-operation on justice and home affairs issues also supports the Partners' economic and trade objectives, by providing a political and legal environment conducive to economic development and the development of international commercial links.

Part II

The Conference focused on three priority areas: combating terrorism, organised crime and corruption and migration/asylum. Along the lines of the principles identified above, concrete measures and actions have been identified and agreed. They are briefly spelled out under each chapter hereinafter.

Combating terrorism

Recent terrorist atrocities underline the fact that it is no longer useful strictly to distinguish between internal and external security, and that terrorism is increasingly trans-national in nature. As a consequence, international co-operation to prevent and fight terrorism should be a fundamental element of external relations.

The Conference has identified the following measures to be implemented within the field of combating terrorism:

- * Common efforts to prevent terrorism by measures against radicalisation and recruitment, especially considering the need to develop further the dialogue between cultures and religions.
- * Improving the exchange of information with all countries to identify terrorists, disrupt their activities and to bring them to justice.
- * Joint efforts for a comprehensive convention against terrorism within the UN as well as the implementation of the existing UN Convention against Terrorism.
- * Cooperation in the field of critical infrastructure protection.

Organised crime and corruption

Organised and serious crime increasingly acts across borders. This results in a terrible cost for individuals. The Conference has identified the following measures to be implemented within the field of organised crime and corruption:

- * Need for increased and targeted training of national law enforcement officers, prosecutors and judges.
- * Capacity building assistance to third countries.
- * Need for harmonisation of measures to protect victims, in particular trafficked women and children, in accordance with the applicable EU, Council of Europe and UN instruments.
- * Development of efficient and fast practical cooperation in fighting trafficking in human beings, smuggling of drugs as well as small arms.
- * Use the expertise and capacities of relevant bodies like Europol and Eurojust.

Migration / Asylum

The Conference recognises that global migration, including the problem of illegal immigration, presents particular challenges. Managed effectively migration can have a substantial positive impact both for host and source countries and for migrants. However, it is essential to tackle the problem of illegal immigration and to prevent and fight the trafficking in human beings, while at the same time to protect the human rights of migrants.

The Conference has identified the following measures to be implemented within the field of migration and asylum:

- * Establishment of closer cooperation on migration issues with countries and regions of origin, transit and destination, including cooperation in asylum management, based on international standards, good practices and common procedures.

- * Intensification of cooperation on capacity building with the countries concerned to develop national legal procedures and guarantees corresponding to international law.

- * A clear commitment to increase mutual cooperation, to improve security standards of travel documents and to introduce biometrics in travel documents.

- * Support to the establishment of functional border control systems and to the joint approach in training of police, frontier guards and customs.

- * Use of the expertise and capacities of existing relevant bodies.

- * Conclusion and implementation of mutual Readmission Agreements.

- * Deepening of dialogue and intensification of the partnership between the EU and key source countries and regions, in particular with African countries, countries in the eastern neighbourhood of the EU and regional organisations.

- Promotion of public awareness in countries of origin, transit and destination on opportunities and limitations as well as rights and obligations concerning migration.

-

Part III

Austria as the current Presidency of the Council of the European Union will report on the results of the Ministerial Conference, held on 4-5 May 2006 in Vienna, to the Council of Justice and Home Affairs Ministers of the EU as well as to the European Council in June 2006.

The agreed Partnership for Security should especially be implemented through initiatives based on a differentiated and flexible approach to individual countries and regions, including a multi-disciplinary assessment of need.

http://eu2006.at/de/News/Press_Releases/May/viennadeclaration.html

Presseaussendung, 04.05.2006

Prokop: Erstmals Sicherheits-Dialog EU, Russland, USA in Gang gebracht
Treffen EU, Russland, USA auf Ministerebene in Wien - Konzept und Themen für trilaterale Sicherheitskooperation definiert - Expertentreffen im Herbst 2006

„Wir haben erstmals einen gemeinsamen Dialog EU, Russland, USA im Bereich der inneren Sicherheit in Gang gebracht und damit ein wesentliches Ziel der österreichischen EU-Präsidentschaft erreicht“, sagte heute, Donnerstag, Innenministerin Liese Prokop. „Globale Bedrohungen wie Terrorismus, Organisierte Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel oder die illegale Migration, brauchen globale Antworten“, so Prokop. Es sei daher sehr erfreulich, „das es uns heute gelungen ist, die Eckpunkte und konkrete Themen für eine künftige trilaterale Zusammenarbeit EU, Russland, USA im Bereich der inneren Sicherheit zu definieren“. Als nächste Schritte sind ein Expertentreffen im Herbst 2006 und ein formelles Treffen im 1. Halbjahr 2007 in Aussicht genommen.

An dem Ministertreffen teilgenommen haben neben EU-Ratsvorsitzender Liese Prokop und den Folgepräsidenschaften Finnland, Deutschland Portugal und Slowenien, Viktor Ivanov, der Berater von Präsident Putin, Attorney General Alberto Gonzales, US-Justizminister, dem im Bereich der inneren Sicherheit das FBI und die US-Anti-Drogen-Behörde untersteht (DEA), Rashid Nurgaliev, russischer Innenminister, Deputy Secretary Michael P. Jackson, stellvertretender US-Minister für "Heimatschutz" (Department of Homeland Security) sowie EU-Kommissar Franco Frattini.

Als Eckpunkte des Konzepts für eine mögliche künftige regelmäßige trilaterale Zusammenarbeit EU, Russland, USA im Bereich der inneren Sicherheit wurden definiert: die Bereitschaft, gemeinsame Bedrohungen gemeinsam zu bekämpfen, das Ziel, die innere Sicherheit zu einem Kernbereich der Außenbeziehungen der beteiligten Länder zu machen, die gemeinsame Erarbeitung von aktionsorientierten Lösungen im Kampf gegen Terrorismus, Kriminalität und illegale Migration und die Mobilisierung gemeinsamer Ressourcen zur Erreichung gemeinsamer Ziele im Bereich der Sicherheit.

Zudem wurden konkrete Themen für eine trilaterale Sicherheits-Kooperation EU, Russland, USA vereinbart: Beim Kampf gegen den Terrorismus sind das Maßnahmen gegen Radikalisierung und Rekrutierung, die Finanzierung des Terrorismus oder den Missbrauch des Internets. Im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption sind das Maßnahmen gegen Geldwäsche, Drogenhandel, Menschenhandel und Cyber Crime. Dazu kommen als weitere Themen der Zusammenarbeit der Kampf gegen die illegale Einwanderung, die Sicherheit von Reisedokumenten und die Grenzsicherheit.

Die Experten der drei Parteien werden in den nächsten Monaten den konkreten Mehrwert einer trilateralen Sicherheits-Kooperation EU, Russland, USA genau ausloten. Dazu ist bereits unter finnischer Präsidenschaft ein erstes Treffen geplant. Daran soll ein erstes formelles Treffen EU, Russland, USA auf politischer Ebene anschließen, das von der deutschen EU-Ratspräsidenschaft organisiert werden könnte. „Ich bin überzeugt, dass diese trilaterale Zusammenarbeit einen echten Mehrwert für die Sicherheit unserer Bürger bringen wird“ so Innenministerin Prokop.

Beim heutigen Treffen wurde folgende Erklärung angenommen.
http://eu2006.at/de/News/information/draft_press-communiqué-MP_04_05_final.pdf

http://eu2006.at/de/News/Press_Releases/May/0405prokop.html

.....

Presseaussendung, 03.05.2006

Drei Ministerkonferenzen zur Inneren Sicherheit vom 3.-5.5.2006 in Wien
EU-USA-Troikatreffen, Treffen EU - Russland - USA, Internationale Konferenz zur Inneren Sicherheit

Im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidenschaft 2006 findet unter Vorsitz von Bundesministerin Liese Prokop (Inneres) und Bundesministerin Karin Gastinger (Justiz) am 3. Mai 2006 ein EU-USA Troikatreffen der Justiz- und Innenminister statt.

Am 4. Mai 2006 treffen zum ersten Mal in dieser Zusammensetzung die Innenminister der derzeitigen EU-Ratspräsidenschaft und der nachfolgenden EU-Ratspräsidenschaften (Finnland, Deutschland, Slowenien, Portugal) mit den Innenministern der Russischen Föderation und der USA zusammen.

Vom 4. bis 5. Mai 2006 ist auf Initiative der österreichischen Ratspräsidenschaft eine Ministerkonferenz zum Thema „Die Innere Sicherheit als Element in den Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn“ anberaumt. Eingeladen dazu sind die Innenminister der EU-Mitgliedsstaaten, der EU-Beitritts- und der Kandidatenländer, der EWR-Partnerstaaten, der Westbalkan-Länder, der Länder der Europäischen Nachbarschaft sowie der Russischen Föderation und der USA.

Mit dieser internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit soll ein Beitrag zur partnerschaftlichen Umsetzung der EU-Strategie für die Externe Dimension des Bereiches Justiz und Inneres geleistet werden. Daher werden erstmals in diesem Zusammenhang Drittstaaten und Internationale Organisationen in einen entsprechenden politischen Dialog miteinbezogen.

Die Umsetzung der internationalen Strategie der Europäischen Union im Bereich der inneren Sicherheit ist einer der Schwerpunkte des Bundesministeriums für Inneres während der laufenden Ratspräsidentschaft.

Im Rahmen der Konferenz wird auch die Südosteuropa-Konvention durch die Innenminister der Konventionspartner (Albanien, Bosnien und Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Rumänien, Serbien und Montenegro, Deutschland, Österreich) unterzeichnet.

Die Veranstaltungen finden in Wien im Konferenzzentrum Hofburg Redoutensäle statt.

Mehr Informationen zu den Veranstaltungen:

EU-USA Troikatreffen der Justiz- und Innenminister

INTERNATIONALE KONFERENZ ZUR INNEREN SICHERHEIT

TREFFEN der Innenminister, EU/ RUSSISCHE FÖDERATION/ USA
(EU-Mehrpräsidentschaftstreffen mit der Russischen Föderation und den USA)

Rückfragehinweis:

Mag. Johannes Rauch
BM.I – Kabinett des Bundesministers
Tel.: +43-(0)1-53126-2017
johannes.rauch@bmi.gv.at

Dr. Wilhelm Sandrisser
BM.I – Bereichsleiter Öffentlichkeitsarbeit, Internationales, Beschaffung
Tel.: +43-(0)1-53126-2274
wilhelm.sandrisser@bmi.gv.at

BM.I – Infopoint
Tel: +43-(0)1-53126-2488
infopoint@bmi.gv.at

Bundespressediens
Tel: +43-(0)531-15-2424

http://eu2006.at/de/News/Press_Releases/April/2804jai.html